09 Hoevermann 02.06.2008 18:30 Uhr Seite 191

Holger Martens: Hoevermanns Berufung war ein Fehler

Die britische Militärregierung korrigiert die Besetzung des Oberpräsidentenamtes

Hoevermanns Ernennung. Holstein war bereits befreit und die Teilkapitulation vollzogen, als am 6. Mai 1945 Hitlers Nachfolger, Großadmiral Dönitz, in Flensburg-Mürwik den schleswig-holsteinischen NS-Oberpräsidenten Hinrich Lohse aus dem Dienst entließ. Die Geschäfte des Oberpräsidenten, dem höchsten Verwaltungsbeamten einer preußischen Provinz, nahm vorübergehend der Regierungspräsident im Oberpräsidium Waldemar Vöge wahr.[1] Am 14. Mai 1945 ernannte Schleswig-Holsteins Militärgouverneur, der Befehlshaber des 312 (P) Detachment Military Government, Colonel Gail Patrick Henderson, den bisherigen Leiter der Allgemeinen Abteilung im Oberpräsidium, Regierungsdirektor Dr. Otto Hoevermann, in Kenntnis seiner NSDAP-Mitgliedschaft zum kommissarischen Oberpräsidenten.

Die britische Militärregierung hatte zunächst ein großes Interesse daran, noch funktionierende Verwaltungseinheiten intakt zu halten. Dabei wurde auch eine vorübergehende Amtsführung durch ehemalige NSDAP-Mitglieder in Kauf genommen, bis ein geeigneter Anti- oder doch wenigstens Nicht-Nazi gefunden worden war. Im Sommer 1945 berichtete der gerade zur britischen Militärregierung in Schleswig-Holstein versetzte Major A. Trofimoff, daß es in der Provinz erhebliche Schwierigkeiten gebe, die richtigen Personen für die Besetzung öffentlicher Ämter zu finden, und daß in einigen Fällen ehemalige Mitglieder der NSDAP zu Oberbürgermeistern und Bürgermeistern ernannt worden seien. Als Beispiele nannte er Lübeck und Travemünde.[2] Als Gründe für die Ernennung eines Nationalsozialisten oder eines bekannten NSDAP-Mitgliedes nannte Trofimoff drei Gründe:

1. die Schwierigkeit vor Ort eine geeignete Person zu finden,
2. das Bestehen von manchen örtlichen Militärgouverneuren auf einen englisch sprechenden Bürgermeister und
3. mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache unter den Offizieren und die Weigerung, diese zu erlernen.

Trofimoff stellte fest, daß von der Bevölkerung bisher kaum eine Reaktion wahrzunehmen sei, solche Ernennungen aber den NSDAP-Mitgliedern Hoffnung gebe, daß ihr Tag noch kommen würde und die Partei einen neuen Aufstieg erfahren könnte.[3] Daß ein Oberpräsident mit NS-Vergangenheit dagegen nicht nur exakt 6 Monate amtierte, sondern am 18. August 1945 in seinem Amt bestätigt wurde, war ein einmaliger Vorgang in der britischen Zone und löste breiten Protest aus, der schließlich zu Hoevermanns Absetzung führte.

Der Jurist Hoevermann stammte aus dem Rheinland. Im Regierungsbezirk Koblenz hatte er 1920 ein Landratsamt übernommen. Hoevermann war vor 1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde er als Landrat abgelöst und für mehrere Monate in den Wartestand versetzt. Doch die Karriere von Dr. Otto Hoevermann blieb nur wenige Monate unterbrochen. Offensichtlich hatte er sich schnell mit den neuen Machthabern arrangiert. Als Kommunaldezernent der Regierung des Regierungsbezirks Koblenz hatte er es bis zum Oberregierungsrat gebracht, bevor er im September 1939 als Regierungsdirektor die Allgemeine Ab-

1 Vgl. Kurt Jürgensen: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein während der britischen Besatzungszeit 1945-1949, 2. neugestaltete und erweiterte Auflage, Neumünster 1998, S. 30f.

2 In Lübeck war zunächst Bürgermeister Gerhard Schneider von der Militärregierung mit der Führung der Stadtgeschäfte beauftragt worden, er wurde aber bereits am 31.5.1945 vom Dienst suspendiert. Anschließend übernahm der Sozialdemokrat Emil Helms das Oberbürgermeisteramt. Der am 1.7.1945 kommissarisch als Bürgermeister eingesetzte Friedrich Reeh wurde Ende September abberufen. In Travemünde wurde im Mai 1945 Oskar H. Ritter zum Bürgermeister ernannt. Ritter war viele Jahre im Ausland tätig gewesen und dürfte über englische Sprachkenntnisse verfügt haben. Anfang 1946 wurde er wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft von 1933 bis 1943 entlassen.

3 Notes by Major A. Trofimoff following his attachment to 312 (P) Det and 820 (K) Dets Schleswig-Holstein July-August, 1945, Public Record Office, London (künftig PRO), Foreign Office (künftig FO) 1050/114.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 192

teilung im schleswig-holsteinischen Oberpräsidium übernahm.[4]

Dr. Otto Hoevermann war 1937 nach der Aufhebung der allgemeinen Ausnahmesperre der NSDAP beigetreten. Zu diesem Zeitpunkt hatte er schon mehrere Jahre anderen NS-Organisationen angehört: NS-Volkswohlfahrt seit 1935, Reichsbund der Deutschen Beamten seit 1935, NS-Rechtswahrerbund seit 1934. Zwar verließ er die NS-Volkswohlfahrt und den Reichsbund der Deutschen Beamten 1938 wieder, wurde aber im gleichen Jahr Mitglied im Korps der Politischen Leiter, nachdem er die Funktion eines Blockleiters übernommen hatte. 1944 schied Hoevermann auch hier wieder aus. Darüber hinaus gehörte er dem Reichskolonialbund und dem NS-Reichskriegerbund an. Beide waren nach britischer Einschätzung "particularly obnoxious and extreme nationalist Nazi organisations".[5] Hoevermanns NS-Aktivitäten gingen damit weit über eine nominelle Parteimitgliedschaft hinaus.

Die Berufung von Dr. Otto Hoevermann zum kommissarischen Oberpräsidenten war bei den Antifaschisten von Anbeginn auf Ablehnung gestoßen. Die im Kieler Gewerkschaftsausschuß vereinten Sozialdemokraten und Kommunisten hatten schon Anfang Juni 1945 Vorschläge zur Besetzung von Führungspositionen erarbeitet. So wurde der frühere SPD-Fraktionsgeschäftsführer im Preußischen Landtag, Jürgen Jürgensen, für das Amt des Oberpräsidenten vorgeschlagen.[6] Die ablehnende Haltung von Sozialdemokraten und Kommunisten gegenüber Hoevermann hat Militärgouverneur Henderson offensichtlich nicht erreicht, oder er hat sie ignoriert. Tatsächlich hatte auch die später an der Absetzung Hoevermanns maßgeblich beteiligte Political Division der britischen Militärregierung bis Anfang September 1945 von deutscher Seite keinen Protest vernommen.[7] Als Alternative zu Hoevermann hatten bürgerliche Kräfte sowie der Kieler Gewerkschaftsausschuß Dr. Max Emcke präsentiert. Emcke war nach Kriegsende von der Militärregierung zum Kieler Oberbürgermeister ernannt worden und vertrat gemeinsam mit Pfarrer Ernst Kintzinger und dem Kaufmann Willy Koch einen bürgerlichen Kreis, der Hoevermann entschieden ablehnte und Ende Juli 1945 darauf drängte, den kommissarischen Oberpräsidenten abzulösen, bevor er von der Militärregierung in seinem Amt bestätigt würde. Der Gewerkschaftsausschuß, der statt Jürgensen inzwischen den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Albert Billian für das höchste Amt im Lande favorisiert hatte, unterstützte schließlich Emckes Kandidatur, nachdem Verabredungen über die Besetzung weiterer leitender Verwaltungsfunktionen durch Antifaschisten als Gegenleistung vereinbart worden waren.[8] Trotz dieser Bemühungen wurde Hoevermann am 18. August 1945 von der britischen Militärregierung in seinem Amt bestätigt. Seine NSDAP-Mitgliedschaft wurde allerdings im einem am 22. August veröffentlichten Artikel im Kieler Kurier, dem Mitteilungsblatt der Militärregierung, nicht erwähnt. Berichtet wurde dagegen über Hoevermanns Entlassung als Landrat.[9]

Britische Personalpolitik. Die Grundsätze und Ziele der britischen Besatzungspolitik waren zu diesem Zeitpunkt im Londoner Außenministerium bereits deutlich formuliert worden. Aus dem ersten Bericht von Sir William Strang, dem politischen Berater Montgomerys, aus der britischen Zone hatte das Foreign Office mit Interesse zur Kenntnis genom-

4 Zur Biographie von Dr. Otto Hoevermann siehe: Kurt Jürgensen: Hoevermann, Otto, in: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Bd. 2, S. 176-180.

5 Minutes [von Noel Annan], o.D., verfaßt zwischen dem 10. und 12.9.1945, PRO, FO 1049/231.

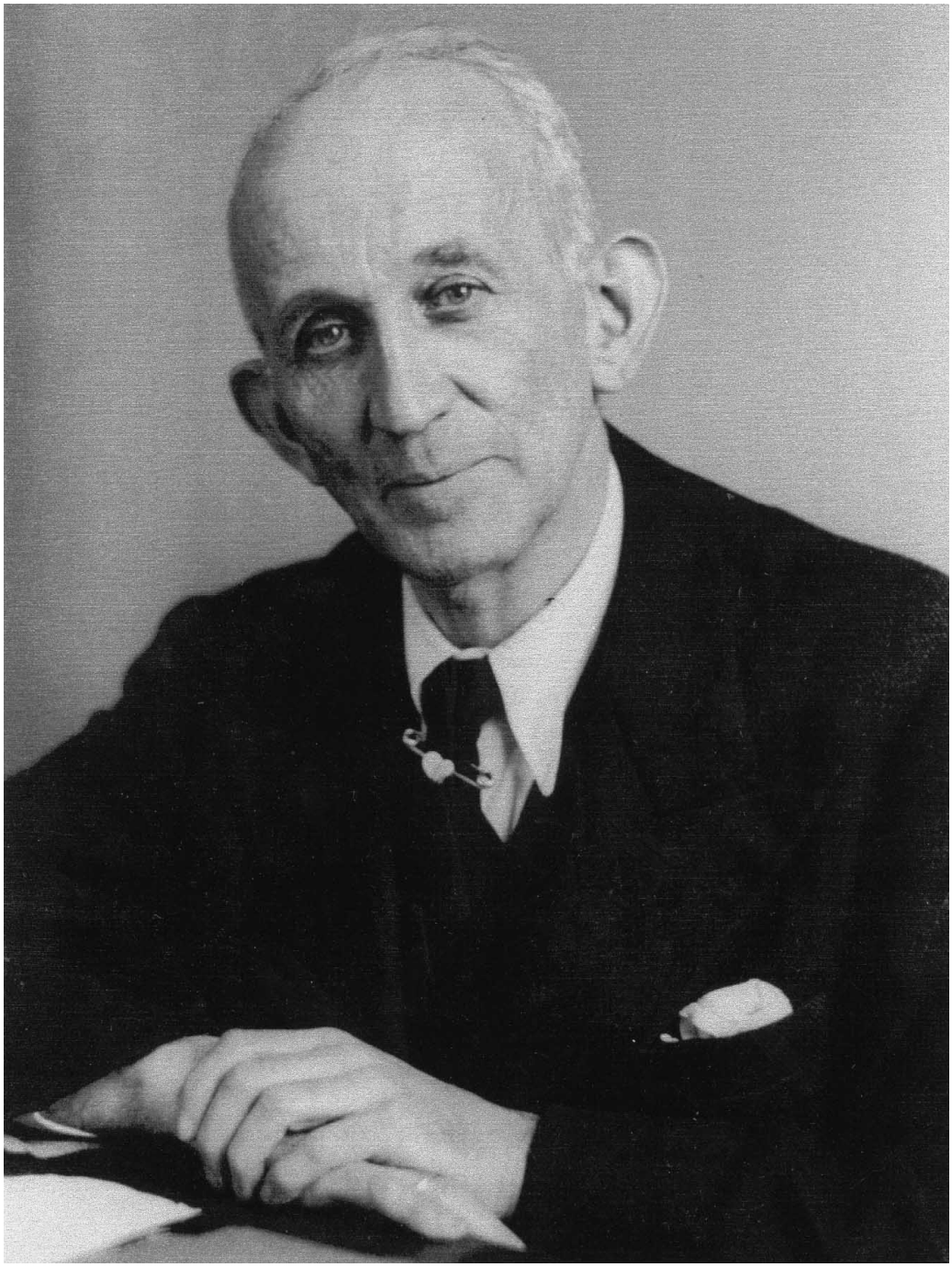
6 Protokoll des erweiterten Aktionsausschusses der freien Gewerkschaften, 8.6.1945, Stadtarchiv Kiel (künftig StAK), Nachlaß (künftig NL) Verdieck 39454, siehe auch Holger Martens: Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein, 2 Bde., Malente 1998, S. 91.

7 So der Leiter der Political Division in einer Notiz vom 3.9.1945, PRO, FO 1049/231.

8 So war Billian als Nachfolger von Dr. Emcke im Amt des Kieler Oberbürgermeister oder als Landeshauptmann im Gespräch, Protokoll der Sitzung des erweiterten Aktionsausschusses, 28.7.1945, StAK, NL Verdieck 39454.

9 Kieler Kurier, 22.8.1945.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 193



Dr. jur. Otto Hoevermann, 11.11.1888–13.12.1953, Oberpräsident in Schleswig-Holstein, 14.5.1945–15.11.1945.

men, daß unter den Deutschen der Wunsch weit verbreitet sei, die Entnazifizierung rigoroser durchzuführen. Einige Mitarbeiter der Militärregierung waren der Meinung gewesen, daß die NS-Experten, die im Amt belassen worden waren, eher ein Hindernis als eine Hilfe bei der Wiederbelebung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens seien. Die Entfer-

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 194

nung von Nationalsozialisten aus leitenden Funktionen und einflußreichen Positionen sollte deshalb energisch durchgeführt werden. Außerdem sollten keine Zweifel an der Ernsthaftigkeit bestehen, eine diesbezügliche Politik umzusetzen und alle wirklich antitotalitären Organisationen zu unterstützen.[10]

10 V.O.G. Sargent, Foreign Office to William [Strang], 26.7.1945, PRO, FO 1049/193.

Tatsächlich bereitete die Umsetzung der Londoner Vorgaben Schwierigkeiten. Die Political Division war erst im Juni der von Fieldmarshall Montgomery befehligten 21. Army Group unterstellt und von London nach Lübbecke, Westfalen, verlegt worden. Vordringliche Aufgabe der Political Division war die Implementierung der Londoner Politik. Dazu sollten insbesondere die regionalen Militärgouverneure in allen politischen Angelegenheiten beraten werden. Allerdings war zum Zeitpunkt von Hoevermanns Bestätigung noch kein routinemäßiger Informationsaustausch zwischen den regionalen Militärgouverneuren, den Fachbehörden der britischen Kontrollkommission und der Political Division fest installiert. Erst am 26. September 1945 wurde auf einem Treffen mit Vertretern der Administration and Local Government Branch, einer Untereinheit der Internal Affairs and Communication Division, und Mayor Noel Annan von der Political Division über eine Verbesserung des Informationsflusses verhandelt. Vereinbart wurde hier, daß für die Ernennung von Personen für leitende Funktionen mehr positive Informationen benötigt würden und daß die regionalen Militärregierungen eine Begründung für die Auswahl der von ihnen vorgeschlagenen Person abgeben sollten.[11] Auch war die Political Division im August 1945 mit ihrer Erweiterung und der teilweisen Verlagerung nach Berlin beschäftigt. Hoevermanns Bestätigung als Oberpräsident am 18. August 1945 ist deshalb vermutlich etwa folgendermaßen verlaufen: Militärgouverneur Henderson hatte in Hoevermann einen zuverlässigen Verwaltungsbeamten erkannt, gegen dessen Person es aus seiner Sicht nur wenig Opposition gab. Dementsprechend dürfte er seinen vorgesetzten Dienststellen, dem 8 Corps District und der Internal Affairs and Communication Division, der zuständigen Fachbehörde der britischen Kontrollkommission, die Bestätigung vorgeschlagen haben. Die mit Personalfragen befaßte Division mußte sich wenige Wochen nach Kriegsende vermutlich in erster Linie auf die Einschätzung vor Ort verlassen.

11 Notes on Meeting held at Adm. & LG Branch, 26.9.1945, PRO, FO 1050/130.

Als aber die dänische und südschleswigsche Presse einen Proteststurm gegen Hoevermanns Ernennung entfachte, wurde auch die Political Division hellhörig. Am 29. August 1945 verfaßte ihr Mitarbeiter Lieutenant-Colonel M.G. Rees eine erste Notiz.[12] Offensichtlich lagen nun auch ausführliche Erkenntnisse über Hoevermanns politische Vergangenheit vor. Rees schrieb: „Ich weiß nichts über Dr. Hoevermann, aber der Lebenslauf erweckt nicht sehr viel Vertrauen. Er scheint wenig Schwierigkeiten gehabt zu haben, sich mit uns zu arrangieren wie mit den Nationalsozialisten. Können wir wirklich erwarten, daß wir mit solchen Leuten die deutsche Verwaltung reformieren?“ So weit mochte der stellvertretende Leiter der Political Division, I.T.M. Pink, nicht gehen. Er empfand es als schwierig, nach den vorliegenden Informationen zu entscheiden, ob Hoevermann als NS-Sympathisant oder einfach als ein kompetenter Verwaltungsfachmann zu betrachten sei, den die National-

12 Nachfolgender Text beruht auf die in der Zeit vom 2. bis 12. September 1945 mit einer Ausnahme handschriftlich verfaßten Notizen und Anmerkungen der Mitarbeiter der Political Division, PRO, FO 1049/231.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 195

sozialisten im Amt belassen hatten. Jedenfalls sah Pink am 1. September 1945 noch keinen Anlaß, Militärgouverneur Montgomery mit dem Fall zu befassen. Ähnlich äußerte sich zwei Tage später der Leiter der Political Division, C.E. Steel. Steel betonte, daß er bisher von deutscher Seite keine Beschwerden gehört habe und deshalb auch nicht intervenieren wolle. Gleichzeitig kündigte er jedoch an, daß er an den Militärgouverneur schreiben werde, falls Rees Beweise für deutsche Kritik an der Ernennung vorlegen könne. Rees fühlte sich mißverstanden und antwortete schon am 4. September ausführlich auf die Stellungnahmen seiner Vorgesetzten. Rees führte aus, daß seiner Ansicht nach nicht jeder eine verantwortungsvolle Position übernehmen könne, nur weil er Nicht-Nazi und kompetenter Verwaltungsfachmann sei. Es sei vielmehr notwendig, Personen zu ernennen, die eine positive Einstellung zu den Absichten und den Zielen der britischen Militärregierung haben, so wie es in den Postdamer Beschlüssen niedergelegt worden sei. Rees kritisierte sodann, daß er bisher keine Versuche gesehen habe, diesen Teil der deklarierten Politik umzusetzen. Rees holte anschließend zu grundsätzlicheren Betrachtungen aus und machte für das Scheitern der Revolution von 1918 den konservativen deutschen Beamtenapparat verantwortlich. Die politisch Verantwortlichen hatten seiner Ansicht nach mit dem Verzicht auf substantielle personelle Veränderungen in der Beamtenschaft einen fatalen Fehler begangen. Rees befürchtete, daß dieser Fehler erneut begangen werden würde, wenn die deutsche Bürokratie mit Beamten wie Hoevermann aufgebaut werden würde, der keine Schwierigkeiten gehabt hatte, sich innerhalb von sechs Monaten mit den Nationalsozialisten zu arrangieren. Dieser, aus seiner Sicht ideologischen Betrachtungsweise, mochte sich der stellvertretende Leiter der Political Division nicht anschließen. Pink verwies darauf, daß dieses Thema bereits zum Überdruß in London diskutiert worden sei. Doch Rees erhielt Unterstützung von dem erst 29jährigen Major Noel Annan, der sich in den kommenden Monaten vor allem der Parteienzulassung widmen sollte und innerhalb der Militärregierung bald zu einem der profiliertesten Kenner der westdeutschen Parteienlandschaft avancierte. Annan notierte, daß er sich mit Steel gerade darauf verständigt habe, es sei wünschenswert, „near Nazis“ von wichtigen Positionen in der Verwaltung fernzuhalten. Annan hielt Hoevermann aufgrund seiner Vergangenheit für ungeeignet, in Deutschland eine Demokratie aufzubauen. Er wollte auch nicht warten, bis von deutscher Seite Beschwerden vorlägen, sondern verwies darauf, daß es genau diese Ernennungen seien, die die Deutschen in verschiedenen Gebieten der britischen Zone glauben lassen würden, die Militärregierung sei nicht entschlossen, die Nationalsozialisten rigoros zu entfernen. Annan hielt es für richtig, deshalb gerade in diesem Fall ein Exempel zu statuieren, und empfahl der Militärregierung die Entlassung Hoevermanns. Von dieser Argumentation zeigten sich Steel und Pink überzeugt. Steel veranlaßte am 12. September 1945 die Abfassung eines entsprechenden Schreibens an Major-General Templer, der als stellvertretender Stabschef an dritter Stelle in der Militärhierarchie stand, und Sir William Strang, dem politischen Berater Montgomerys. Fünf Tage später wurde ein Brief an Templer gesandt, in dem Hoevermanns Entlassung vorgeschlagen wurde.[13] Templer wandte

13 C.E. Steel to Major-General Templer, 17.9.1945, PRO, FO 1049/231.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 196

sich umgehend an die für die Besetzung hoher Verwaltungspositionen zuständige Internal Affairs and Communication Division. Ihr Leiter, Major-General P.M. Balfour, stimmte sogleich mit der Beurteilung der Sachlage durch die Political Division überein und teilte Steel schon am 23. September mit, daß eine entsprechende Weisung an die Militärregierung des 8 Corps Distrikt ergangen sei.[14] Balfour forderte zwar nicht die sofortige Entlassung von Hoevermann, aber er verlangte, daß alles unternommen werde, um ohne Verzögerung einen geeigneten Ersatz zu finden.[15]

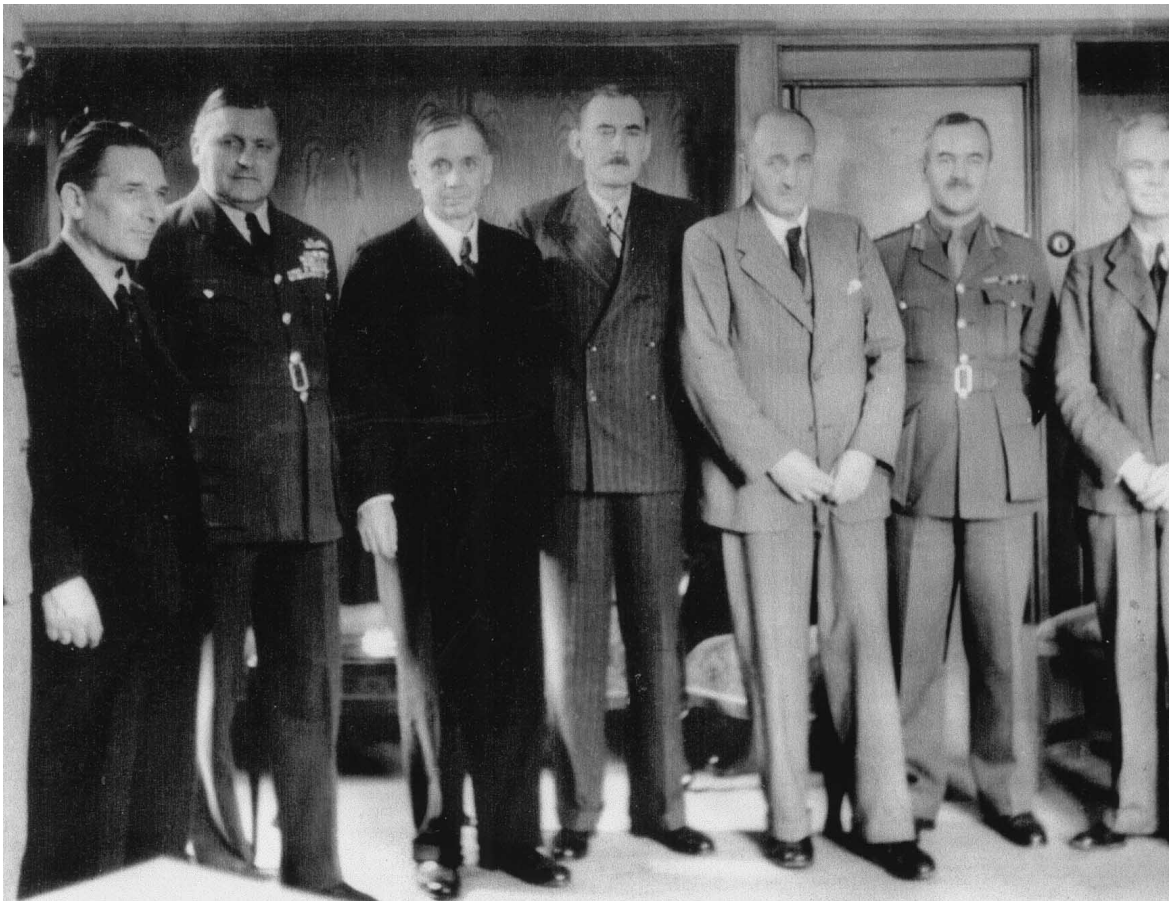
14 Major-General P.M. Balfour to C.E. Steel, 23.9.1945, PRO, FO 1049/231.
15 Major-General P.M. Balfour to Mil. Gov. 8 Corps District, 23.9.1945, PRO, FO 1049/231.

In der Zwischenzeit lagen neue Beschwerden über Hoevermann vor. Ende August 1945 hatten sich die Angriffe der dänischen Presse auf die Bestätigung Hoevermanns, der als rechte Hand des NS-Oberpräsidenten und Gauleiters Hinrich Lohse bezeichnet wurde, konzentriert. Außerdem wurde dem Oberpräsidenten vorgeworfen, die Wiedereinstellung von demokratisch gesonnenen Beamten zu verhindern, und statt dessen öffentliche Ämter bewußt mit Flüchtlingen aus Ostpreußen zu besetzen.[16] In der zweiten Ausgabe der für Süd-Dänemark herausgegebenen Zeitung „Slesvigeren“ vom 28. September 1945 wurden diese Vorwürfe wiederholt und neue Anschuldigungen erhoben, die Militärgouverneur Henderson energisch zurückwies.[17] In der dänischen Zeitung war behauptet worden, daß Hoevermann nach der Entlassung belasteter NS-Lehrer beabsichtigt habe, 150 Lehrer aus Ostpreußen einzustellen. Erst als Mitgliederlisten der NS-Lehrerorganisation gefunden worden waren und hier alle Ostpreußen auftauchten, soll von einer Ernennung Abstand genommen worden sein. Henderson führte aus, daß diese Berichterstattung jeglicher Grundlage entbehre und daß die wenigen ostpreußischen Lehrer, die eingestellt worden sind, wieder entlassen werden. Auch die von der Zeitung angeprangerte Besetzung von öffentlichen Ämtern mit Ostpreußen konnte Henderson relativieren. So stellte der Militärgouverneur fest, daß es sich bei den drei namentlich genannten Personen um Flüchtlinge aus Ostpreußen handelte, nicht aber um gebürtige Ostpreußen. Darüber hinaus konnte Henderson darauf verweisen, daß die schon im August kritisierte Besetzung des Landratsamtes in Flensburg-Land mit dem früheren Königsberger Professor Preyer korrigiert worden war. Preyer war schon am 10. September 1945 entlassen worden. Am 2. Oktober hatte mit Johannes Tiedje ein Einheimischer das Amt übernommen. Die Besetzung des Bürgermeisteramtes in Kappeln mit Dr. Jung sowie die Ernennung des Sozialdemokraten Dr. Kurt Necker zum Landrat in Südtondern wurden noch untersucht. Vollständig aufgebracht hatte Henderson schließlich ein diffamierender Bericht über gemeinsame Ausritte und Abendessen mit Hoevermann. Die Zeitung behauptete schließlich, daß Hoevermann durch Henderson einen gewissen Einfluß auf die Militärbehörden ausübe. Gegenüber dem Leiter der Internal Affairs and Communication Division erklärte Henderson, daß die Berichterstattung gemein und verleumderisch sei. Es habe nie eine Verbindung zu Hoevermann außerhalb der formalen Treffen in seinem Büro auf einer ausschließlich offiziellen Basis gegeben. Darüber hinaus habe er an zwei Konferenzen der Landräte und Oberbürgermeister teilgenommen, auf denen der Oberpräsident anwesend war. Zusätzliche Brisanz erhielt die Angelegenheit dadurch, daß die Zeitung ohne

16 Translation of article in „Dannevirke“, 21.8.1945; Translation of article from „Holbäk Amtstidende“, 28.8.1945, PRO, FO 1049/215.
17 Die nachfolgende Darstellung beruht auf dem Schreiben von Henderson und der von ihm mitgesandten Übersetzung des Artikels in der dänischen Zeitung „Slesvigeren“ vom 28.9.1945, Brigadier G.P. Henderson, Comd. 312 (P) Det Mil Gov. to I.A. & c. Div., CCG (BE), [23.10.1945], PRO, FO 1049/215.

18 HQ, I.A. & C. Division, CCG (BE) to 312/806 ‘P’ Det Kiel, 27.9.1945, PRO, FO 1049/231.
19 Comd. 312 (P) Det Mil Gov to HQ, I.A. & C. Division, CCG (BE), 12.10.1945, PRO, FO 1049/231.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 197



Zweiter von rechts: Brigadier Gail Patrick Henderson, Mai 1945 bis Mai 1946 Befehlshaber des 312 (P) Detachment Military Government, zuständig für Schleswig-Holstein unter Corps Commander 8 Corps District, anschließend bis Sommer 1948 stellvertretender Regional Commissioner in Schleswig-Holstein;
dritter von rechts: Carl Schröter, Vorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein;
vierter von rechts: Regional Commissioner Hugh V. Champion de Crespigny;
fünfter von rechts: Mr. Briggs;
sechster von rechts: Luftmarschall Sir Sholto Douglas, Commander-in-Chief und Militärgouverneur der britischen Zone, Kiel im Juli 1947.
Kieler Stadtarchiv

Zustimmung der Militärbehörden in Südschleswig verbreitet wurde.

Inzwischen hatte der britische Botschafter in Kopenhagen dänische Presseberichte über Hoevermann sowohl an die Political Division als auch an das Foreign Office gesandt. Das Londoner Außenministerium verlangte sogleich Auskunft über den Wahrheitsgehalt der Pressemitteilung, nach der Hoevermann versucht haben soll, die rot-weiß-blaue Schleswig-Holstein-Flagge, die aus dänischer Sicht ein Symbol der traditionellen Feindschaft Holsteins gegenüber Dänemark sein soll, im ganzen Land einzuführen.[18] Die Kieler Militärbehörden erkannten darin in erster Linie eine gezielte Pressekampagne zur Unterstützung der dänischen Minderheit in Südschleswig, die vor Attacken auf einzelne Personen keinen Halt mache. In der Sache wurde bestätigt, daß die Schleswig-Holstein-Flagge seit dem 3. Juli 1945 gehißt werden durfte, daß die Vorwürfe gegen Hoevermann aber völlig ungerechtfertigt seien. Auch hätten Untersuchungen in Flensburg keinen Hinweis darauf ergeben, daß die Flagge als Symbol traditioneller Feindschaft betrachtet werden würde. Außerdem wurde festgestellt, daß es in dieser Angelegenheit keine Anzeichen von Unruhe in Schleswig gäbe.[19]

Unterdessen bemühte sich die britische Militärregierung, jede Eskalation im deutsch-dänischen Verhältnis zu vermeiden. Der Oberbefehls-

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 198

haber des für Hamburg und Schleswig-Holstein zuständigen 8 Corps District, Lieutenant-General Sir Evelyn H. Barker, ordnete an, daß nur noch der Union Jack gehißt werden dürfe. Gleichzeitig bezeichnete er die von dem Kieler Militärgouverneur erteilte Genehmigung als unklug.[20] Die Administration and Local Government Branch beabsichtigte sogar, ostpreußische Flüchtlinge von allen öffentlichen Ämtern in Südschleswig fernzuhalten.[21] Ein generelles Einstellungsverbot mochte die Political Division dagegen nicht aussprechen.[22] Während sich die Behörden der britischen Kontrollkommission noch in der Abstimmungsphase befanden, hatte Corps Commander Barker Anfang Oktober 1945 befohlen, daß gebürtige Ostpreußen, die auch ihren Lebensmittelpunkt in der Heimatprovinz gehabt hatten, in Schleswig-Holstein keine öffentlichen Ämter ausüben dürfen. Dazu zählten auch haupt- und ehrenamtliche Bürgermeister. Die Militärgouverneure in den schleswig-holsteinischen Kreisen wurden angewiesen, entsprechende Personen aus ihren Ämtern zu entfernen.[23] Schließlich erging am 17. November 1945 ein neuer Befehl, der eine Bevorzugung von Einheimischen bei der Besetzung öffentlicher Ämter vorsah. Flüchtlinge sollten nur als letzte Möglichkeit eingesetzt werden.[24]

Sicher waren nicht alle Vorwürfe gegen Dr. Otto Hoevermann gerechtfertigt, manche entbehrten sogar jeglicher Grundlage. Dennoch war Hoevermann ohne Zweifel ein in der preußischen Tradition stehender, nationaldenkender Beamter, der den Bestrebungen, Südschleswig an Dänemark anzuschließen, vehement entgegen trat.[25] Dabei bewies Hoevermann wenig Fingerspitzengefühl, den Bedürfnissen der Südschleswiger im allgemeinen und der dänischen Minderheit im besonderen entgegenzukommen. Mit seiner Personalpolitik trug er zu einer Verschärfung der Situation bei, die nicht im Sinne der Militärregierung sein konnte und schließlich zu ihrem Eingreifen führte. Zudem bot Hoevermanns nationalsozialistische Vergangenheit einen willkommenen Angriffspunkt, um an der Demokratisierungspolitik der Militärregierung Kritik zu üben. So zeichnete sich Ende September / Anfang Oktober 1945 auch nach außen hin die intern längst beschlossene Entlassung Hoevermanns ab.

Nach britischen Angaben wuchs im September die Kritik an der Ernennung von Hoevermann im ganzen Land, insbesondere in Kiel, Flensburg, Schleswig und Lübeck.[26] Doch wurde der Oberpräsident nicht nur von allen politischen Kräften abgelehnt, sondern auch innerhalb der Militäradministration wuchs der Widerstand. Am 28. September 1945 wies das beim Hauptquartier der britischen Armee angesiedelte Counter Intelligence Bureau die Education Branch, eine Untereinheit der bereits mit Hoevermann befaßten Internal Affairs and Communication Division, mit Besorgnis auf die Ernennung des Oberpräsidenten zum Kurator der Kieler Christian-Albrechts-Universität hin. Der Geheimdienst stufte Hoevermann als „right-wing nationalist“ ein, dessen Karriere unter den Nationalsozialisten als ein „successful compromise, if not actual collaboration“ angesehen wurde. Zwar schätzte die Militärbehörde Hoevermann nicht als NS-Größe ein, aber als Repräsentanten des reaktionären, nationalistischen Teils der deutschen Nation, der durch seine Bereitschaft zum Kompromiß mit der NS-Ideologie, die Machtübernahme der

20 Major-General P.M. Balfour, HQ, Internal Affairs and Communication Division, CCG (BE) to C.E. Steel, Political Division, CCG (BE), 17.10.1945, PRO, FO 1049/231; zur Organisation der Militärregierung in Schleswig-Holstein siehe Kurt Jürgensen: Die Briten in Schleswig-Holstein 1945-1949, Neumünster 1989, S. 41-56.

21 Adm. and Local Government Branch, CCG (BE), 12.10.1945, App. ‘A’, Draft Mil Gov Instr., PRO, FO 1049/61.

22 Political Division, CCG (BE) to I.A. & C. Division, CCG (BE), 19.10.1945, PRO, FO 1049/61.

23 Brigadier G.P. Henderson, Comd. 312 (P) Det Mil Gov, 10.10.1945, PRO, FO 1049/61.

24 Brigadier G.P. Henderson, Comd. 312 (P) Det Mil Gov, 17.11.1945, PRO, FO 1049/61.

25 Siehe Kurt Jürgensen, Gründung, S. 32f.

26 Background information from P.I.D. on senior administrative officials in Germany (British Zone) appointed by Military Government. Province Schleswig-Holstein PRO, FO 371/46974.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 199

NSDAP erleichtert hat. Mit einem Mann wie Hoevermann ließe sich eine Zerstörung des Nationalismus, die im Bildungsbereich beginnen müsse, nicht erreichen.[27]

Kandidatensuche. Die Suche nach einem Nachfolger für Hoevermann gestaltete sich allerdings schwierig. Obwohl die Ablösung des Oberpräsidenten bereits Mitte September beschlossen worden war, kam es erst im November zur Entlassung. Mitte Oktober berichtete der Leiter der Internal Affairs and Communication Division, daß zwar noch kein Ersatz gefunden worden sei, daß sich aber 'zwei oder drei Personen' in der engeren Wahl befänden.[28]

Vor dem Hintergrund der Hoevermann-Affäre gab es innerhalb der Militärbehörden eine Diskussion über die Personalpolitik bei der Besetzung von Leitungspositionen. Ende September 1945 hatte die Political Division einen Situationsbericht erarbeitet, in dem noch einmal auf die Potsdamer Beschlüsse und die britische Direktive vom 8. September hingewiesen wurde. So sollten nicht nur alle Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern entfernt werden, sondern auch durch überzeugte Anti-Nazis ersetzt werden, selbst wenn dies zur Einsetzung weniger qualifizierter Personen führen würde. Der Verfasser – vermutlich Noel Annan – bemängelte, daß sich zur Zeit zu wenig Anti-Nazis in leitenden Funktionen der Provinz- und Stadtverwaltungen befänden. Es reiche nicht aus, Nicht-Nazis oder unpolitische Verwaltungsfachleute einzusetzen, wie es bisher vielfach geschehen sei. Von den vier Mitte September 1945 amtierenden Oberpräsidenten wurde nur einer für unbedenklich gehalten, wobei Hoevermann der einzige mit NS-Vergangenheit war. Der Verfasser gestand ein, daß die regionalen Militärgouverneure auf diesem Gebiet bisher zu wenig Handlungsanweisungen erhalten hätten. Allerdings wurde auch attestiert, daß es angesichts des Arbeitsanfalls kaum möglich war, diesem Thema die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. Der Verfasser empfahl deshalb, sich nicht mit einer weiteren Direktive, sondern mit einem Brief an die Militärgouverneure zu wenden.[29] Deutlich wird dabei, daß die Political Division bei der Umsetzung ihrer Politik nicht unwesentlich auf den guten Willen der Militärgouverneure angewiesen war und ihre Ziele nicht durch starre Anweisungen zu erreichen waren. Es sollte allerdings noch über einen Monat dauern, bis der Leiter der Political Division einen „top-secret"-Brief an die regionalen Militärgouverneure versandte. Vermutlich hat es über den Inhalt intensive Beratungen gegeben, schließlich wurden hier erstmals nicht nur allgemeine Absichten und Ziele formuliert, sondern konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die offiziellen Direktiven ausgelegt werden sollten. Eingangs wurde deshalb betont, daß das Schreiben auf keinen Fall den Deutschen bekannt werden dürfe. Schließlich stellte C.E. Steel fest, daß es sich hierbei um einen persönlichen, außerhalb der offiziellen Anweisungen stehenden Brief handele. Leitungspositionen sollten nur mit Anti-Nazis besetzt werden, die ihre demokratische Überzeugung unter Beweis gestellt hatten. Steel betonte, daß mit ehemaligen KZ-Insassen und Personen, die 1933 aus ihren Ämtern entfernt worden waren, gute Erfahrungen gemacht worden seien. Er hielt jeden, der sich nie wegen beruflicher Beförderungen und Vorteile mit den Nationalsozialisten eingelassen hatte, für geeignet. Steel gestand ein, daß es schwer sei, wirkli-

27 Counter Intelligence Bureau, HQ, BAOR to Education Branch, I.A. & C. Division, CCG (BE), 28.9.1945, PRO, FO 1049/231.

28 Major General P.M. Balfour, I.A. & C. Division, CCG (BE) to C.E. Steel, Political Division, CCG (BE), 17.10.1945, PRO, FO 1049/231.

29 Military Government and Political Problems, o.D., o.V., [September 1945, Verfasser vermutlich Noel Annan, Political Division], PRO, FO 1050/130.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 200

che Anti-Nazis zu finden. Auch machte er deutlich, daß Sozialdemokraten, Gewerkschafter und gläubige Christen nicht automatisch frei von jedem Verdacht seien. Ehemalige Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei[30] sollten allerdings mit Vorsicht betrachtet werden. Deutlicher wurde Steel schließlich in dem Abschnitt über die politischen Organisationen. Zwar unterstrich er die Verpflichtung zur strikten Neutralität im Umgang mit den demokratischen Parteien und die Gefahren, die eine einseitige Bevorzugung mit sich bringen würde, ließ aber auch verlauten, daß die Militärregierung an einer starken SPD interessiert sei, wenngleich sie den Zielen der Christlich-Demokratischen Partei nicht ablehnend gegenüberstehe. Steel wies dann aber doch darauf hin, daß reaktionäre Kräfte versuchen könnten, sich als Christdemokraten zu tarnen.[31] Noch deutlicher wird die Politik der Political Division in internen Vermerken Ende August 1946. In einer Stellungnahme erklärte der stellvertretende Leiter I.T.M. Pink einem Mitarbeiter, daß es trotz mehrerer Versuche bisher keine schriftliche Anweisung aus London gebe, wie mit den verschiedenen deutschen Parteien umzugehen sei. Die Political Division sei aber davon ausgegangen, daß es die Absicht der britischen Regierung sei, die Sozialdemokraten zu begünstigen. Und so sei bisher verfahren worden.[32]

Tatsächlich zeigte sich die Political Division im Herbst 1945 entschlossen, die drei mißliebigen Oberpräsidenten abzulösen. Eberhard Hagemann, Oberpräsident der Provinz Hannover, wurde als 'alter Reaktionär' bezeichnet. Hans Fuchs, Oberpräsident der Provinz Nord-Rhein, wurde eine Obstruktionspolitik gegen die Alliierten nach dem Ersten Weltkrieg vorgeworfen.[33] Allerdings gab es auch Kritik an der Personalpolitik von Fuchs. Die SPD zeigte sich darüber verärgert, daß er bei der Auswahl der Abteilungsleiter ausschließlich konservativ-bürgerliche Kandidaten berücksichtigt hatte. Fuchs wurde am 2. Oktober 1945 ohne Angabe von Gründen aus seinem Amt entlassen. Sein Nachfolger, der Christdemokrat Robert Lehr, bemühte sich unmittelbar nach seiner kommissarischen Ernennung erfolgreich um Unterstützung durch die SPD.[34] Eberhard Hagemann wurde bereits am 17. September 1945 durch den Sozialdemokraten Hinrich Wilhelm Kopf abgelöst.[35]

Es kann davon ausgegangen werden, daß die britischen Militärbehörden für die Neubesetzung des schleswig-holsteinischen Oberpräsidentenamtes bevorzugt nach einem Sozialdemokraten gesucht haben. Tatsächlich waren im Sommer 1945 eine ganze Reihe von Sozialdemokraten für das Amt des Oberpräsidenten im Gespräch. Im Kieler Gewerkschaftsausschuß hatten sich Sozialdemokraten und Kommunisten zunächst auf Jürgen Jürgensen und dann auf Albert Billian geeinigt. Ende August / Anfang September 1945 bemühte sich der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete Louis Biester, der auch dem letzten schleswig-holsteinischen SPD-Bezirksvorstand der Weimarer Zeit angehört hatte, um das Oberpräsidentenamt. Biester, dem die Nationalsozialisten 1933 das Betreten seines Heimatkreises Stormarn verboten hatten, war ins Teufelsmoor bei Bremen verzogen, wo er das Kriegsende erlebte. Hier suchte ihn vermutlich im August 1945 der Stormarner Sozialdemokrat Gustav Busch auf, der ihn für die politische Arbeit in Schleswig-Holstein gewinnen wollte. Bevor Biester nach Kiel fuhr und sich beim

30 Steel nennt außerdem die „Deutsche National Partei". Welche politische Organisation er damit meinte, ist unklar. Eine Partei unter diesem Namen gab es in der Weimarer Republik nicht.

31 C. E. Steel, Political Division, CCG (BE), Berlin, BAOR, 1.11.1945 to Brigadier G. P. Henderson, MBE, 312 'P' Mil Gov Detachment, Kiel, PRO, FO 1006/101; die Administration and Local Government Branch hielt das Schreiben für so wichtig, daß sie eine Herabsetzung der Geheimhaltungsstufe vorschlug, Adm & Local Govt Branch, CCG (BE) to HQ, IA & C Div., 14.11.1945, PRO, FO 1050/130; nach Rücksprache mit der Political Division wurde diesem Vorschlag von der Internal Affairs and Communication Division entsprochen. Das Schreiben wurde auf „secret" herabgestuft, so daß es nun auch alle örtlichen Militärgouverneure auf Kreisebene erhielten, I.A. & C. Division, CCG (BE) to A & LG, 19.11.1945, PRO, FO 1050/130.

32 I.T.M. Pink, 31.8.1946, PRO, FO 1049/334.

33 Military Government and Political Problems, o.D., o.V., [September 1945, Verfasser vermutlich Noel Annan, Political Division], PRO, FO 1050/130.

34 Siehe Nordrhein-Westfalen – deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46, eingel. und bearb. von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1988, S. 18f.

35 Siehe Ullrich Schneider: Niedersachsen 1945: Kriegsende, Wiederaufbau, Landesgründung, Hannover 1985, S. 57 und 135.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 201

Militärgouverneur um das Oberpräsidentenamt bewarb, wobei er sich auf die Unterstützung von Sozialdemokraten aus seinem früheren Wahlkreis berief, führte er Gespräche mit Paul Bugdahn, vor 1933 ebenfalls Mitglied des Kieler SPD-Bezirksvorstands, und Jürgen Jürgensen in Hamburg.[36] Biesters Kandidatur wurde aber von dem gerade wiedergegründeten SPD-Bezirksvorstand abgelehnt. Ihm wurde nicht verziehen, daß er 1933 aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgetreten war, ohne sein Mandat niederzulegen, und damit der Partei schweren Schaden zugefügt hatte.[37]

Im Oktober 1945 suchte die SPD intensiv nach einer geeigneten Person für das Oberpräsidentenamt. Die Kieler Sozialdemokraten waren unzufrieden mit Hoevermanns Entscheidungen bei der Besetzung der Landratsämter. Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten hatten zwar keine Kenntnisse über die von der Militärregierung bereits betriebene Ablösung Hoevermanns, doch die Einschätzung des SPD-Bezirksvorsitzenden, Wilhelm Kuklinski, „daß er von keiner Partei mehr gehalten wird, was früher oder später zu seiner Entlassung vom Amt führen muß", war vollkommen richtig. Inzwischen waren dem Bezirksvorsitzenden jedoch Zweifel gekommen, ob der 69jährige Billian, mittlerweile Landesrat, tatsächlich der richtige Mann sei. Zum Wunschkandidaten avancierte Max Brauer, der allerdings im amerikanischen Exil lebte und zu dem es keine Verbindung gab.[38] Brauer, bis 1933 Oberbürgermeister von Altona, der damals größten Stadt Schleswig-Holsteins, hatte zu den profiliertesten Sozialdemokraten in der Provinz gehört. Er hatte sich durch eine außergewöhnliche fachliche Kompetenz ausgezeichnet, die ihn zur Weimarer Zeit zum sozialdemokratischen Vertreter in zahlreichen politischen Gremien werden ließ.[39]

Am Rande der ersten SPD-Bezirkskonferenz am 28. Oktober 1945 kam es in Kiel zu weiteren Beratungen mit Kurt Schumacher über einen Nachfolgekandidaten für Hoevermann. Hierzu wurde auch der Sozialdemokrat Dr. Kurt Necker, Landrat in Südtondern, zu einer „privaten Besprechung" mit dem Parteiführer gebeten.[40] Necker , der als Wehrmachtsangehöriger über Ostpreußen nach Schleswig-Holstein gekommen war, hatte am 28. Mai 1945 ein Schreiben an die britische Militärregierung in Schleswig gerichtet, in dem er unter Hinweis auf seine 1933 aus politischen Gründen erfolgte Entlassung aus der öffentlichen Verwaltung der Stadt Hagen um die Wiedereinstellung in den höheren Verwaltungsdienst bat. Necker verfügte über eine fundierte Verwaltungsausbildung und hielt sich selbst für geeignet, als Bürgermeister, Landrat oder Oberregierungsrat tätig zu werden.[41] Seit Ende Juni war er als kommissarischer Landrat für den Kreis Schleswig im Gespräch.[42] Necker, der in der Nähe von Husum lebte, wurde offensichtlich frühzeitig von einheimischen SPD-Kreisen unterstützt. Anfang Juli, möglicherweise zu Verhandlungen mit der Militärregierung, hielt sich Necker in Schleswig auf und wohnte bei dem früheren SPD-Funktionär und dann zum Schleswiger Gründungszirkel zählenden Andreas Paysen.[43] Kurt Necker wur-

36 So die Darstellung von Biester, Louis Biester: Memoiren (Manuskript), 13. [Kapitel], Nach 1933 bis 1952, S. 1-5, Kreisarchiv Stormarn, Bad Oldesloe.

37 Wilhelm Kuklinski an Kurt Schumacher, 12.10.1945, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (künftig AdsD), Bestand Schumacher Mappe 85; in seinen Memoiren erinnert sich Louis Biester an die erste Fraktionssitzung nach der Reichstagswahl vom März 1933, in der er für den bewaffneten Widerstand gegen Hitler eintrat. Die Mehrheitsentscheidung, den Kampf mit legalen Mitteln fortzusetzen, wollte er nicht akzeptieren, da sich die aktiven Sozialdemokraten nach seiner Meinung in Lebensgefahr begeben würden. Mit seinem Austritt aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sorgte er für erhebliches Aufsehen. Daß er sein Reichstagsmandat nicht sofort zurückgab, nahm ihm der damalige Bezirksvorstand besonders übel. Dazu erklärte Biester, daß er wegen einer schweren Erkrankung sein Mandat nicht sofort zurückgeben konnte, Louis Biester: Memoiren (Manuskript), 13. [Kapitel], Nach 1933 bis 1952, S. 8-11, Kreisarchiv Stormarn, Bad Oldesloe; siehe auch Holger Martens: Sozialdemokratische Partei, S. 91f.

38 Wilhelm Kuklinski an Kurt Schumacher, 12.10.1945, AdsD, Bestand Schumacher Mappe 85.

39 Max Brauer war Mitglied des schleswig-holsteinischen Provinziallandtags, Mitglied des Provinzialausschusses sowie des Provinzialrats, außerdem vertrat er die Provinz im preußischen Staatsrat. Zur Person und zum Wirken von Brauer siehe: Arnold Sywottek: Hamburg. Max Brauer, in: Walter Mühlhausen und Cornelia Regin (Hrsg.): Treuhänder des deutschen Volkes. Die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen. Politische Porträts, Melsungen 1991, S. 181-205.

40 Wilhelm Kuklinski an Kurt Necker, 22.10.1945, AdsD, Landesverband Schleswig-Holstein (künftig LV S-H) 1.

41 Dr. Kurt Necker an die Militärregierung in Schleswig, 28.5.1945, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (künftig NWH), Personalakte Necker NW Pe 7290.

42 Der Regierungspräsident an Mil. Gov., 27.6.1945, NWH, Personalakte Necker NW Pe 7290.

43 Kurt Necker, Lebenslauf, Schleswig, den 1.7.1945, Hesterberg 6b, b[ei]. Paysen, NWH, Personalakte Necker NW Pe 7290.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 202

de schließlich am 11. Juli 1945 zum kommissarischen Landrat von Südtondern berufen, wo er die Nachfolge des tödlich verunglückten Landrats Dr. Braun antrat.[44] Nach eigenen Angaben sollte Necker im September 1945 Regierungspräsident in Schleswig werden, und im Oktober war er sogar als Nachfolger von Oberpräsident Hoevermann im Gespräch.[45]

Über den Verlauf der am Rande der Bezirkskonferenz mit Kurt Schumacher durchgeführten Besprechung ist nichts bekannt. Ein befriedigendes Ergebnis konnte offensichtlich nicht erreicht werden. Der Bezirksvorstand beauftragte Erich Arp, unverzüglich weitere Verhandlungen in der Oberpräsidenten-Frage mit dem früheren preußischen Innenminister Carl Severing zu führen. Dieser hielt sich als Leiter der Konferenz der in der britischen Zone tätigen Oberpräsidenten und Länderchefs in Hamburg auf.[46] Die intensive Suche nach einem Kandidaten für das Oberpräsidentenamt läßt sich damit erklären, daß die Militärregierung die SPD über ihre Absichten unterrichtet hatte und die Sozialdemokraten möglicherweise sogar dazu aufgefordert worden waren, Kandidatenvorschläge zu unterbreiten. Severing sollte jedenfalls über die von der Militärregierung in Betracht gezogene Ablösung von Hoevermann informiert werden. Zu einer direkten Aussprache zwischen dem früheren preußischen Innenminister und dem Bezirksbeauftragten kam es nicht. Durch den Hamburger Sozialdemokraten Adolf Schönfelder ließ Severing übermitteln, daß er eine Amtsübernahme durch Max Brauer, der anscheinend immer noch der Favorit der Kieler Sozialdemokraten war, für unwahrscheinlich hielt. Statt dessen empfahl er den Rendsburger Landrat und Christdemokraten Theodor Steltzer. Arp beschwerte sich darauf hin bei Kurt Schumacher über Severings Vorschlag und nannte angesichts eines offensichtlichen Mangels an geeigneten Persönlichkeiten als weiteren Kandidaten den Hamburger Sozialdemokraten Dr. Paul Nevermann.[47] Als zwei Wochen später Steltzer tatsächlich zum Oberpräsidenten ernannt wurde, war die Aufregung groß, weil der schleswig-holsteinische Bezirksvorstand die Einflußnahme von Carl Severing auf diese Entscheidung vermutete.[48] Auf der SPD-Zonenkonferenz am 3. und 4. Januar 1946 in Hannover wurde jedoch richtiggestellt, daß Severing zu Unrecht beschuldigt worden war und nicht an der Ernennung von Theodor Steltzer zum schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten mitgewirkt hatte.[49]

Daß die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten die Berufung eines Christdemokraten zum Oberpräsidenten nicht verhindern konnten, lag vermutlich an der Unfähigkeit, einen überzeugenden Kandidaten aus den eigenen Reihen zu nominieren.

Zumindest über zwei Kandidaten für das Oberpräsidentenamt liegen Informationen vor, die

44 Der Regierungspräsident an Mil. Gov., 3.7.1945, NWH, Personalakte Necker NW Pe 7290; Kurt Necker an den Regierungspräsidenten, 12.7.1945, NWH, Personalakte Necker NW Pe 7290.

45 „Der Bezirksverbandsvorstand in Kiel, also die gesamte Genossenschaft Schleswig-Holstein und das Komitee der K.P.D. für Schleswig-Holstein einschließlich Hamburg haben beschlossen, mich zum Regierungspräsidenten in Schleswig einzusetzen.", Kurt Necker an Robert Görlinger, 29.9.1945, Historisches Archiv Köln (künftig HAK), NL Görlinger Akte 46; allerdings wurde das Amt des Regierungspräsidenten im November 1945 abgeschafft. Seine Befugnisse gingen auf den Oberpräsidenten über. „Wie ich von meinen Parteifreunden in Kiel erfahren habe, laufen die Bestrebungen bezügl. des Verbandsvorstands in Kiel darauf hinaus, mich in absehbarer Zeit zum Oberpräsidenten anstelle von Hoevermann zu machen.", Kurt Necker an Robert Görlinger, 23.10.1945, HAK, NL Görlinger Akte 46; nach der Ernennung von Theodor Steltzer zum neuen Oberpräsidenten schrieb Necker: „Die Partei hatte mich ja hierfür vorgeschlagen.„, Kurt Necker an Robert Görlinger, 19.11.1945, HAK, NL Görlinger Akte 46.

46 31.10.1945: Notiz Schumachers zur Hamburger Konferenz der Länderchefs und Oberpräsidenten aus der britischen Besatzungszone am 29. Oktober: Gegen die Konstituierung der westlichen Besatzungszonen als Länder, in: Willy Albrecht (Hrsg.): Kurt Schumacher Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945-1952, Bonn 1985, S. 364f; Thomas Alexander: Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992, S. 232 auch Anmerk. 1088.

47 Severing, der die britische Militärregierung in Personalfragen beriet, empfahl den Schleswig-Holsteinern, daß bei einer Kandidatur von Albert Billian sich dieser bei ihm vorstellen solle. Gegenüber Schumacher brachte Arp in einer persönlichen Stellungnahme zum Ausdruck, daß er Billian für eine Notlösung hielt, Erich Arp an Kurt Schumacher vom 2.10.1945 [richtig: 2.11.1945], AdsD, Bestand Kurt Schumacher Mappe 85.

48 Andreas Gayk und Wilhelm Kuklinski an Kurt Schumacher, 15.11.1945, AdsD, Bestand Schumacher Mappe 85; siehe auch Detlef Siegfried: Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf". SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992, S. 87, Anmerk. 60.

49 Bericht über die Konferenz vom 3. und 4.1.1946, AdsD, Landesorganisation Hamburg; siehe auch Ulla Plener: Ein Bericht über die Konferenz der SPD der britischen Besatzungszone am 3. und 4. Januar 1946, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 38. Jahrgang, 1996, Heft 1, S. 67.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 203

möglicherweise zu einer Ablehnung durch die Militärregierung geführt haben. Über den im Sommer 1945 noch von bürgerlichen Kräften mit Unterstützung des Gewerkschaftsausschusses vorgeschlagenen Kieler Oberbürgermeister Dr. Max Emcke berichtete Noel Annan von der Political Division am 28. September 1945 an die Administration and Local Government Branch. Annan bezeichnete Emcke als ausgesprochenen Nationalisten, der sich mit einer Reihe von zwielichtigen Gestalten eingelassen hatte, von denen nicht erwartet werden könne, demokratische Institutionen zu fördern. Nach Annans Angaben hatte die politische Gruppe, der sich Emcke angeschlossen hat, keinen guten Eindruck auf die britischen Militärbeobachter gemacht. Nach Geheimdienstberichten beteiligte er sich an Machenschaften mit dem Ziel, in öffentlichen Ämtern tätige einheimische Schleswiger gegen preußische Flüchtlinge zu ersetzen.[50] Auch Dr. Kurt Necker dürfte, obwohl Sozialdemokrat und ausgewiesener NS-Gegner, der über ein Jahr im Konzentrationslager verbracht hatte und anschließend in einem Steinbruch arbeiten mußte, nicht in die engere Wahl gekommen sein. Necker war zwar nicht gebürtiger Ostpreuße, war aber als Flüchtling nach Schleswig-Holstein gekommen und hatte zuvor mehrere Jahre in Königsberg gelebt. Neckers Ernennung zum Landrat von Südtondern durch Hoevermann war als Affront von der einheimischen Bevölkerung und der dänischen Minderheit besonders heftig kritisiert worden.

Theodor Steltzer wird neuer Oberpräsident. Zu den Kandidaten, die die britische Militärregierung für die Besetzung des Oberpräsidentenamtes in die engere Wahl gezogen hatte, gehörte der Landrat des Kreises Rendsburg Theodor Steltzer.[51] Steltzer war erst im September 1945 nach Schleswig-Holstein zurückgekehrt und hatte am 3. Oktober das Landratsamt übernommen.[52] Nach eigenen Angaben wurde er bereits zwei Wochen später nach seiner Bereitschaft zur Übernahme des Oberpräsidentenamtes gefragt.[53] Als sich Ende Oktober 1945 abzeichnete, daß die Sozialdemokraten nicht in der Lage waren, eine geeignete Person zu präsentieren, blieb Steltzer vermutlich als einziger Kandidat übrig. Darauf deutet auch die von Steltzer in seinen Erinnerungen wiedergegebene Besprechung mit Militärgouverneur Henderson hin: „Ich [Steltzer] müsse das Amt im Interesse meiner Heimat annehmen, zumal meine Kandidatur von allen Seiten begrüßt würde und zur Zeit keine andere geeignete Persönlichkeit vorhanden sei:“[54] Dabei erfüllte Steltzer nahezu alle Kriterien, die für die Militärregierung bei der Kandidatenauswahl von Bedeutung waren. Theodor Steltzer stammte aus Schleswig-Holstein und war bereits von 1920 bis 1933 Landrat im Kreis Rendsburg gewesen. Er verfügte damit über die nötige Landeskenntnis und Verwaltungserfahrung. Steltzer war von den Nationalsozialisten unter dem Vorwand der Veruntreuung von Geldern aus dem Amt entfernt worden.[55] Seine Zugehörigkeit zum Kreisauer Kreis sowie seine Verurteilung zum Tode nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 begründeten Steltzers „strong and irrefutable anti-Nazi record“ bei der Militärregierung. Ein britisches Papier, in dem Hoevermann und Steltzer gegenübergestellt wurden, beschrieb den Kreisauer Kreis folgendermaßen: ‘Die Mitglieder des Kreisauer Kreises waren, im Gegensatz zu vielen anderen Anti-Hitler-Gruppen, weder nationalistisch noch war die

50 Major Noel Annan to Brigadier C.E.D. Bridge, HQ, Adm and Local Gov. Branch, 28.9.1945, PRO, FO 1050/154. Bei den Sozialdemokraten genoß Emcke dagegen als Gegner des NS-Regimes hohes Ansehen. 1954 unterstützte die SPD-Landtagsfraktion die Kandidatur des inzwischen parteilosen Rechtsanwalts um das Amt des Ministerpräsidenten gegen den CDU-Politiker von Hassel, siehe Holger Martens: Sozialdemokratische Partei, S. 486.

51 Zur Person von Theodor Steltzer siehe die Einführung von Kurt Jürgensen, in: Theodor Steltzer: Reden, Ansprachen, Gedanken 1945-1947. Grundlegende Ausführungen des letzten Oberpräsidenten und ersten Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, hrsg. u. erl. von Kurt Jürgensen, Neumünster, 1986, S. 1-17; Kurt Jürgensen: Gründung, S. 37-42.

52 Theodor Steltzer: Reden, S. 2.

53 Theodor Steltzer: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966, S. 183.

54 Theodor Steltzer: Zeitgenosse, S. 185.

55 Siehe Theodor Steltzer: Reden, S. 8.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 204

Restauration der Weimarer Republik ihr Ziel; sie hofften auf eine neue Form eines demokratischen Staates, der die Fehler der Weimarer Verfassung und die Irrtümer der vorherigen liberalen Regierung in Deutschland vermeiden würde. Der Kreisauer Kreis repräsentierte keine besondere Klasse oder Gesellschaft. Bis zum Juni 1944 befanden sich unter den Verschwörern Vertreter aller wichtigen politischen Gruppen mit Ausnahme der extremen Rechten und extremen Linken.' Am Ende des offensichtlich auch für die Außendarstellung der Entlassung Hoevermanns und Ernennung Steltzers bestimmten Papiers hieß es, daß Steltzers schleswig-holsteinische Herkunft sowie seine Landratstätigkeit vor 1933 hervorgehoben werden sollten. Nur ein Punkt paßte dem vermutlich in der Political Division sitzenden Verfasser offensichtlich nicht: Steltzer war Mitglied der CDU. Daß er ein 'führendes Mitglied' der christdemokratischen Partei war, sollte 'nicht betont' werden.[56] Tatsächlich wurde Steltzers Parteimitgliedschaft in einem Artikel vom 17. November 1945 über den Wechsel im Oberpräsidentenamt im Kieler Kurier, dem Mitteilungsblatt der Militärregierung, mit keinem Wort erwähnt.[57]

Hoevermanns Ablösung wurde schließlich Mitte November innerhalb kürzester Zeit vollzogen. Nach Steltzers Erinnerungen wurde er „noch vor Ablauf der Bedenkzeit [...] nach Kiel gerufen und dringend gebeten, das Amt des Oberpräsidenten am nächsten Tage zu übernehmen."[58] Über die Gründe der plötzlichen Eile liegen keine Erkenntnisse vor. Vermutlich verlangten die vorgesetzten Dienststellen nach fast zweimonatiger Wartezeit eine Entscheidung. Am 14. November 1945, dem Tag vor Steltzers Ernennung, wurde C.E. Steel zu Gesprächen mit Vertretern der dänischen Minderheit in Kiel erwartet.[59] Möglicherweise hat Steel sich direkt in die Verhandlungen eingeschaltet. Vielleicht sollte auch eine Teilnahme von Hoevermann an der bevorstehenden Oberpräsidenten-Konferenz am 19. und 20. November 1945 in Detmold verhindert werden, auf der Major-General Templer die Eröffnungsansprache halten sollte. Auch stand die von der Militärregierung zum Wintersemester 1945/46 vorbereitete Wiedereröffnung der Kieler Christian-Albrechts-Universität bevor, die schon für den 1. November geplant war.[60] Nach der bereits an Hoevermanns Tätigkeit als Kurator geübten Kritik dürfte er für die Militärregierung als Eröffnungsredner nicht in Frage gekommen sein.[61]

Ohne Angabe von Gründen wurde Dr. Otto Hoevermann von Militärgouverneur Henderson am 14. November 1945 mitgeteilt, daß er mit Wirkung vom 15. November aus seinem Amt entlassen sei. Henderson berief sich dabei auf Anordnungen der Kontrollkommission.[62] Am gleichen Tag erhielt Theodor Steltzer seine Ernennung zum kommissarischen Oberpräsidenten, die am 15. November in Kraft treten sollte.[63] Am 28. November 1945 wurde Steltzers Ernennung von der Internal Affairs and Communication Division bestätigt.[64] Zwei Tage später teilte Henderson ihm mit, daß er nunmehr den Titel „Oberpräsident" führen dürfe.[65]

Im Nachhinein sah sich die Political Division in ihrem Vorgehen bestätigt. Montgomerys politischer Berater, Sir William Strang, berichtete im Dezember 1945 an den britischen Außenminister Ernst Bevin, daß

56 „Hoevermann was appointed …", o.V., o.D., [Political Division, 1945], PRO, FO 1049/63. Die Militärregierung war 1945 offensichtlich von einer direkten Beteiligung Steltzers am Attentat auf Hitler ausgegangen. In einem vertraulichen Bericht vom September 1946 wurde dagegen richtig gestellt, daß Steltzer und der Kreisauer Kreis einen Mordanschlag aus prinzipiellen Gründen abgelehnt hatten, Personal and Confidential, 6.9.1946, PRO, FO 1006/97.

57 Kieler Kurier, 17.11.1945.

58 Theodor Steltzer: Zeitgenosse, S. 185.

59 C.E. Steel, Political Division to A.W.G. Randall, H.M. Minister, Copenhagen, 9.11.1945, PRO, FO 222.

60 Kieler Kurier, 22.8.1945.

61 Die Universität wurde am 27.11.1945 eröffnet, siehe Kurt Jürgensen: Die Gründung, S. 34 u. 37.

62 Brigadier Henderson, Commanding 312 (P) Det Mil Gov to The Oberpräsident, Province of Schleswig-Holstein, 14.11.1945, PRO, FO 1049/61.

63 Brigadier Henderson, Commander 312 (P) Det Mil Gov to Theodor Steltzer, Landrat, 14.11.1945, PRO, FO 1049/61.

64 HQ, Internal Affairs & Communication Division, CCG (BE) to 312 (P) Det Mil Gov, Kiel, 28.11.1945, PRO, FO 1049/61.

65 Brigadier Henderson, Commanding 312 (P) Det Mil Gov to Theodor Steltzer, Oberpräsident, Province of Schleswig-Holstein, 30.11.1945, PRO, FO 1049/61.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 205

der Wechsel im schleswig-holsteinischen Oberpräsidentenamt von deutscher Seite allgemein begrüßt worden sei. Zugleich war aber auch Überraschung darüber geäußert worden, daß die jetzt durchgeführte Maßnahme nicht früher vollzogen worden war.[66]

Eine ausführliche Begründung für Hoevermanns Entlassung veröffentlichte die Militärregierung nicht. Im Kieler Kurier wurde lediglich darauf hingewiesen, daß Hoevermann nach seiner Absetzung als Landrat 1933 bereits sechs Monate später wieder im öffentlichen Dienst tätig war und daß er der NSDAP seit 1937 sowie dem Korps der Politischen Leiter und dem Reichskolonialbund angehört hatte.[67]

Dr. Otto Hoevermann schied allerdings nicht endgültig aus dem Landesdienst aus. 1951 kehrte er in den öffentlichen Dienst zurück und leitete für zwei Jahre bis zu seiner wegen Krankheit erfolgten vorzeitigen Pensionierung das Landesversorgungsamt in Neumünster. Hoevermanns Rückkehr wurde möglich, weil sich das politische Klima deutlich verändert hatte – nicht nur in Schleswig-Holstein. Die nach den ersten freien Landtagswahlen in Schleswig-Holstein gebildete SPD-Regierung war nach ihrer Wahlniederlage 1950 durch eine Koalitionsregierung aus den Wahlblockparteien CDU, FDP und DP sowie dem BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) abgelöst worden, deren Regierungsmannschaft mit einer Ausnahme aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern bestand.[68]

66 Strang bezog sich hier offensichtlich auf Äußerungen auf der Oberpräsidenten-Konferenz in Detmold am 19. und 20.11.1945, an der Steltzer bereits als kommissarischer Oberpräsident teilnahm, Sir W. Strang to Mr. Bevin, Berlin, 11.12.1945, PRO, FO 371/46975.

67 Kieler Kurier, 17.11.1945.

68 Siehe Holger Martens: Sozialdemokratische Partei, S. 469.

09 Hoevermann 02.06.2008 18:31 Uhr Seite 206